

Was bei Überlegungen zu Kopfbeiträgen in der GKV noch zu bedenken ist

**Korreferat zu dem Beitrag von Mathias Kifmann:
„Die Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung
durch Kopfbeiträge aus verfassungsökonomischer Sicht“**

Von Achim Wambach*

1 Ausgangssituation

Viele westliche Länder haben ein staatliches Krankenversicherungssystem mit einkommensabhängigen Beiträgen. Damit stellt das staatliche Gesundheitssystem eine zweifache Solidarität bereit:

1. Umverteilung zwischen Gesunden und Kranken
2. Umverteilung zwischen Arm und Reich

Die vorliegende Arbeit von Mathias Kifmann geht der Frage nach, welche Gründe dafür sprechen, beide Umverteilungsziele im Rahmen einer staatlichen Gesundheitsversorgung zu verwirklichen.

Diese Thematik ist insofern relevant, da, wie Kifmann darstellt, einige Autoren kritisieren, dass die Kombination der beiden Aspekte zumindest im deutschen System der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) zu Ineffizienzen führt. Dies sind u. a. die hohen Lohnnebenkosten, da nur Lohnbeiträge zur Finanzierung berücksichtigt werden. Außerdem sind versicherungsspezifische Anreize in der GKV wie ein Selbstbehalt schwer zu implementieren. Daher argumentieren diese Autoren, dass bei Beibehaltung der Umverteilungsziele diese getrennt verwirklicht werden sollen. Ein Beispiel hierfür wäre das Schweizer Modell, bei dem Beiträge zur Krankenversicherung pro Kopf konstant sind (somit nur eine Umverteilung zwischen Gesunden und Kranken stattfindet), während die Umverteilung zwischen Arm und Reich über die Einkommensteuer erfolgt.

In der Literatur gibt es nur wenige Arbeiten, die sich mit möglichen Gründen der Kombination der beiden Umverteilungsaspekte in der GKV auseinander setzen. Die meisten Arbeiten nehmen diese Funktionen als gegeben hin und diskutieren dann die sich daraus ergebenden Konsequenzen. Eine Ausnahme ist die Arbeit von Henriët und Rochet (1998). Diese Autoren gehen von der Annahme aus, dass die Einkommensteuer als Instrument zur Umverteilung zwischen Arm und Reich nicht optimal ist, da sie die Anreize zur Arbeitsaufnahme verzerrt. In der Literatur über optimale Steuerlehre wird dieser Problematik Rechnung getragen, in dem so genannte „Second-Best“-Lösungen untersucht werden. Henriët und Rochet argumentieren nun, dass die Gesetzliche Krankenversicherung diese Umverteilung (zwischen Arm und Reich) unterstützen kann, falls eine negative Korrelation zwi-

* Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, E-Mail: achim.wambach@wiso.uni-erlangen.de